



# BERND RÜTZEL

sozial - kompetent - nah

## NEWSLETTER JANUAR 2022

**BERND RÜTZEL**  
Mitglied des  
Deutschen Bundestages

Wahlkreis Main-Spessart / Miltenberg  
Betreuungswahlkreis Aschaffenburg /  
Aschaffenburg-Land

### WAHLKREISBÜRO GEMÜNDEN

Obertorstr. 13  
97737 Gemünden  
Tel. 09351 6036563  
Fax 09351 6058298  
bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

### BÜRO BERLIN

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel. 030 227 73434  
Fax 030 227 76433  
bernd.ruetzel@bundestag.de

### MIT NUR EINEM KLICK



## LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

Olaf Scholz ist Bundeskanzler. Die SPD hat ihre Parteispitze neu gewählt. Die neue Bundesregierung steht und hat ihre Arbeit aufgenommen. Auch die neue Fraktionsführung und die Sprecherinnen und Sprecher unserer Arbeitsgruppen stehen fest. In dieser Woche haben sich die neuen Ausschüsse konstituiert und ihren Vorsitz gewählt. Auf mich ist eine neue Aufgabe zugekommen: der Vorsitz des Ausschusses für Arbeit und Soziales. Das ist eine große Ehre und Herausforderung für mich, für die ich dankbar bin.

„An die Arbeit“, beschrieb Olaf Scholz die Regierungsbildung. Die Probleme in unserem Land und in der Welt sind immens. Wir werden das alles nur schaffen, wenn wir zusammenhalten, wenn wir Lösungen anbieten. Wir wollen halten, was wir versprechen, und nur das versprechen, was wir halten können. Wir stehen vor großen Aufgaben. Um keine Zeit zu verlieren, hat der Deutsche Bundestag bereits in dieser Woche einen Nachtragshaushalt in Höhe von 60 Mrd. Euro beraten. Das Geld wird für die Bewältigung der Pandemie und ihrer wirtschaftlichen Folge und dafür, unser Land fit für die Zukunft zu machen, dringend benötigt.

Ihnen und uns allen wünsche ich ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest und alles Gute für das neue Jahr.

Ihr/Dein



© Bernd Rützel



4

Rede zum  
Kurzarbeiter-Geld



5

Das Neueste zur  
Covid-19-Impfung



8

Gerresheimer erhält  
Millionenförderung



10

Bereitschaftspraxis  
wieder zurück

## KLARTEXT

### BETRIEBSRATS-BEHINDERUNG SCHÄRFER VERFOLGEN



Auf Seite 71 haben wir im Koalitionsvertrag vereinbart, dass die Behinderung der demokratischen Mitbestimmung künftig als Officialdelikt eingestuft wird. Es ist nur ein kurzer Satz, aber damit kommen

schwere Zeiten zu auf Arbeitgeber, die die Mitbestimmungsrechte ihrer Beschäftigten missachten. Sie bespitzeln Betriebsräte, schüchtern Kandidatinnen und Kandidaten ein und versuchen mit allen Mitteln, Wahlen zu verhindern: Obwohl die Mitbestimmung in Deutschland gesetzlich geschützt ist, gehen immer wieder Unternehmen gegen Betriebsräte vor. Das englische Fachwort dafür heißt „Union Busting“, übersetzt bedeutet das Gewerkschaften sprengen, bekämpfen, kaputtmachen. Und leider häufen sich in den letzten Jahren die Fälle, in denen systematisch und professionell gegen gewerkschaftliche Interessenvertretungen vorgegangen wird. Das reicht von jungen Start-ups bis zu alteingesessenen inhabergeführten Unternehmen. Die rechtliche Situation ist eindeutig: Das Betriebsverfassungsgesetz regelt und schützt die Mitbestimmung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Wer die Wahl oder die Arbeit eines Betriebsrats behindert oder stört, muss mit einer Geldstrafe oder einer Freiheitsstrafe von bis zu einem Jahr rechnen. Doch bisher müssen sich Betroffene selbst an die Behörden wenden. Sie stehen aber oft unter großem Druck. Deshalb werden die im Betriebsverfassungsgesetz vorgesehenen Sanktionen nur in den seltensten Fällen durchgesetzt. Deshalb haben wir im Koalitionsvertrag durchgesetzt, dass die Behinderung der demokratischen Mitbestimmung künftig ein Officialdelikt wird. Was heißt das? In Zukunft müssen sich Staatsanwaltschaften von sich aus einschalten, wenn sie von dem Vorwurf erfahren, dass die Arbeit von Betriebsräten oder die Wahlen behindert werden. Der Hinweis darauf kann von einem Whistleblower kommen oder auch von Gewerkschaften, die sich bei der Polizei oder Staatsanwaltschaft melden. Das ist ein Paukenschlag: Die Staatsanwaltschaften werden künftig die Behinderung von Betriebsratsarbeit häufiger und schärfer verfolgen. Und die schwarzen Schafe unter den Unternehmen werden zur Kenntnis nehmen müssen, dass sie mit ihrer bisherigen Praxis nicht mehr durchkommen. Die Zeiten, in denen sie straffrei davon gekommen sind, sind dann vorbei.

## POLITIK FÜR DIE WESTENTASCHE: KOALITIONSVERTRAG



Der Koalitionsvertrag hat über 170 Seiten. Er legt die Grundlage für einen Aufbruch für Deutschland in ganz entscheidenden Bereichen. Hier die wichtigsten Punkte:

- Mehr Respekt für alle in unserer Gesellschaft: Mindestlohn hoch auf 12 Euro & Bürgergeld statt Hartz IV
- Bezahlbares Wohnen: 400.000 neue Wohnungen, davon 100.000 Sozialwohnungen & Mietpreisbremse
- Deutschland wird klimaneutral bis spätestens 2045

- Wir sichern die Rente und schließen Rentenkürzungen sowie eine Anhebung des Renteneintrittsalters aus.
- Wir sorgen dafür, dass kein Kind in Armut aufwachsen muss und führen eine Kindergrundsicherung ein.
- Wir verbessern die Arbeitsbedingungen in der Pflege und sorgen für eine bessere Bezahlung.

Lust, alle Seiten des Koalitionsvertrags zu lesen?

[Dann einfach hier klicken.](#)



©Matthias W. Birkwald



©Joachim Arndt

## AUSSCHUSS-VORSITZ FÜR ARBEIT UND SOZIALES

Es ist mir eine große Ehre, dass ich von den Mitgliedern des Bundestagsausschusses für Arbeit und Soziales zum Vorsitzenden gewählt wurde. Von 45 abgegebenen Stimmen habe ich in einer geheimen Wahl 43 Ja-Stimmen, eine Nein-Stimme und eine Enthaltung erzielt.

In der Führung des Ausschusses ist mir ein fairer und vertrauensvoller Umgang zwischen den Fraktionen wichtig. Nur so können wir die vielen Aufgaben bewältigen, die vor uns liegen. Vom Mindestlohn über das Bürgergeld und das Tariftreuegesetz bis hin zur Sicherung des Rentenniveaus: Im Ausschuss für Arbeit und Soziales beschäftigen wir uns mit Themen, die sehr viele – wenn nicht alle – Menschen in unserem Land in oftmals existenzieller Weise betreffen. Das müssen wir in angemessener Weise tun.

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales ist in dieser Wahlperiode mit 49 Mitgliedern der größte Ausschuss des Deutschen Bundestages.



©moersch / Pixabay

## MINDESTLÖHNE IN DER EU

Der Vorstoß der Europäischen Kommission für die Einführung fairer Mindestlöhne hat eine weitere Hürde genommen. Nach dem Europäischen Parlament hat sich nun auch der Ministerrat – das Gremium der Mitgliedstaaten – hinter den Vorschlag gestellt. Die EU will zum einen dafür sorgen, dass Mitgliedsstaaten, in denen weniger als 70 Prozent der Beschäftigten unter den Schutz von Tarifverträgen fallen, der Kommission einen Aktionsplan vorlegen müssen, wie sie das ändern wollen. In Deutschland beträgt der Anteil momentan nur 50 Prozent. Zum anderen sollen mit der Richtlinie Kriterien aufgestellt werden, nach denen die Mitgliedstaaten ihren Mindestlohn festlegen.

Natürlich kann es dabei nicht darum gehen, für alle Mitgliedstaaten einen einheitlichen Betrag festzulegen. Dafür sind die Länder von Finnland bis Portugal, von Irland bis Zypern, zu unterschiedlich. Vielmehr sollen sich die Mitgliedstaaten an Prüfsteinen orientieren wie der allgemeinen Lohnentwicklung, der Entwicklung der Produktivität, aber auch der Kaufkraft der Mindestlöhne mit Blick auf die Lebenshaltungskosten. Ein Orientierungsrahmen soll sein, dass ein fairer Lohn 60 Prozent des mittleren Einkommens oder Medianlohns überschreiten sollte. Diese Schwelle übertrifft ein Mindestlohn von 12 Euro.

In unserem Koalitionsvertrag haben wir mit den Grünen und der FDP vereinbart, dass Deutschland den Vorschlag der EU-Kommission für armutsfeste Mindestlöhne und zur Stärkung des Tarifsystems unterstützt.



## KURZARBEITER-GELD

Wir haben die Verlängerung der Kurzarbeitergeld-Verbesserungen beschlossen, die sonst zum 31.12.21 ausgelaufen wären. Am meisten freut es mich, dass wir die Aufstockung des Kurzarbeitergelds bis zum 31.03.22 verlängern. Wer zu mindestens 50% in Kurzarbeit ist, erhält damit ab dem 4. Bezugsmonat 70% bzw. 77% für Haushalte mit Kindern und ab dem 7. Monat 80% bzw. 87%. Und es gibt eine weitere gute Nachricht für Beschäftigte, die seit April 2021 erstmals in Kurzarbeit gegangen sind: Auch sie können ab 01.01.22 das erhöhte Kurzarbeitergeld bekommen. Bisher galt die Aufstockung nur dann, wenn sie bis zum 31.03.21 Kurzarbeitergeld bezogen haben.

Außerdem verlängern wir die Möglichkeit des anrechnungsfreien Hinzuverdienstes. Wer in Kurzarbeit ist, kann weiterhin einen Minijob annehmen, ohne dass das Kurzarbeitergeld gekürzt wird. So können Menschen mit gerin-

gem Verdienst Lücken beim Einkommen schließen.

Das Kurzarbeitergeld ist nach wie vor unser wichtigstes Instrument gegen Arbeitslosigkeit. Kurzarbeit ist nicht nur in Branchen erforderlich, die bereits lange unter den Auswirkungen der Pandemie leiden, wie zum Beispiel die Veranstaltungsbranche, der Messebau und der Tourismus. Auch Beschäftigte in Betrieben, die durch Probleme in Lieferketten trotz voller Auftragsbücher ohne dringend benötigtes Material da stehen, brauchen unsere Hilfe.



Meine Bundestagsrede hierzu können Sie mit Klick auf das Foto anschauen. Eine Zusammenfassung habe ich [auf Facebook in einem Video](#) gepostet.



© Jan Felix Christiansen / Pixabay

## AMPEL BESCHLIEßT NEUES INFEKTIONSSCHUTZGESETZ

Wir haben Anfang Dezember neue Regeln zur Eindämmung der Corona-Pandemie beschlossen. Zentral ist die Einführung einer einrichtungsbezogenen Impfpflicht für Beschäftigte, die in einer besonderen Nähe zu besonders verletzlichen Personen arbeiten, aber auch Maßnahmen zur Beschleunigung von Auffrischungsimpfungen und die Möglichkeit für die Länder, Schließungen der Gastronomie sowie Freizeit- und Kultureinrichtungen anzuordnen.

Menschen, die aufgrund ihres Alters oder ihres Gesundheitszustandes ein besonderes Infektionsrisiko und ein besonders hohes Risiko für einen schweren oder tödlichen Krankheitsverlauf haben, sollen besser geschützt werden. Ungeimpftes Personal stellt aufgrund der besonderen Nähe zu den anvertrauten Menschen in Einrichtungen ein zusätzliches Risiko dar. Deshalb sollen alle Mitarbeiterinnen einrichtungsbezogen beispielsweise in Krankenhäusern, Tageskliniken, Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen, Entbindungseinrichtungen, Rettungsdiensten, voll- oder teilstationären Pflegeeinrichtungen oder in Einrichtungen der Eingliederungshilfe zum Nachweis einer COVID-19-Impfung verpflichtet werden, sofern keine medizinische Kontraindikation gegen die Impfung vorliegt.

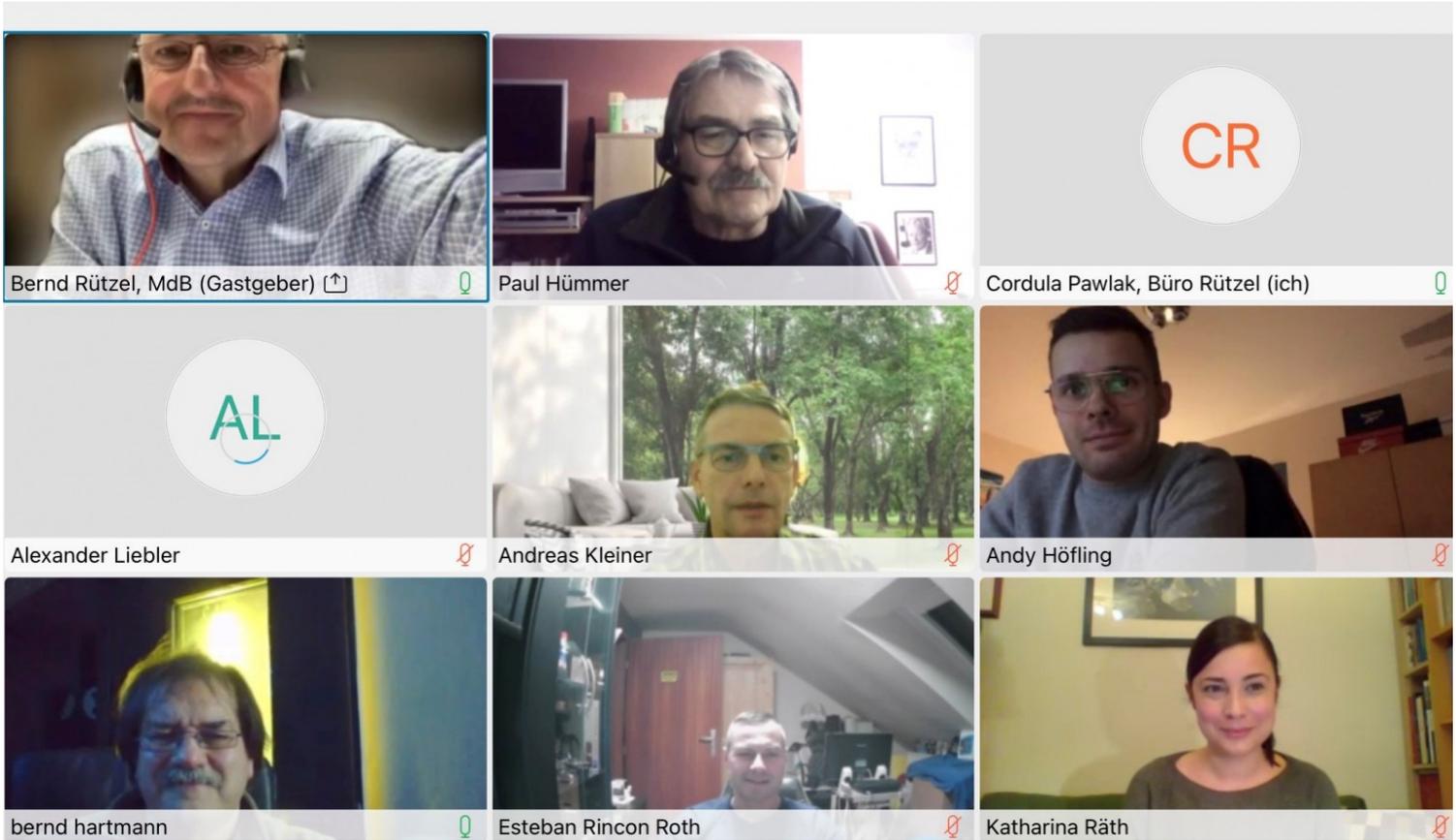
Bis zum 15. März 2022 muss das in den Einrichtungen be-

reits beschäftigte Personal nachweisen, dass es genesen oder vollständig geimpft ist. Ab dem 16. März 2022 gilt dies auch für Beschäftigte, die eine Tätigkeit in einer der genannten Einrichtung aufnehmen wollen.

### Zahnärzte, Apotheker und Tierärzte dürfen impfen

Eine einrichtungsbezogene Impfpflicht allein reicht allerdings nicht aus, um die Impfquote kurzfristig zu erhöhen. Studien belegen, dass das Ansteckungsrisiko vor allem unter Ungeimpften sehr hoch ist. Und auch ein Blick auf die Intensivstationen zeigt: Die große Mehrheit der Covid-Erkrankten ist ungeimpft. Um die Auffrischungsimpfungen zu beschleunigen, sollen künftig auch Zahnärzt\*innen, Tierärzt\*innen und Apotheker\*innen vorübergehend Impfungen gegen das Coronavirus verabreichen dürfen.

Mit dem Gesetz wird den Ländern zudem ermöglicht, mit einem Beschluss des Landesparlaments gastronomische Einrichtungen flächendeckend zu schließen. Auch die Schließung von Clubs, Diskotheken oder anderen Freizeit- und Kultureinrichtungen ist danach möglich. Wir haben dafür gesorgt, dass solche weitreichenden Beschlüsse nicht mehr hinter verschlossenen Türen gefällt werden, sondern in den jeweiligen Landesparlamenten.



## BETRIEBSRÄTE-STAMMTISCH

Mein monatlicher Betriebsräte-Stammtisch beschäftigte sich Ende November mit dem Kurzarbeitergeld und den Ergebnissen der Koalitionsverhandlungen.

Zusammen mit Bundesarbeitsminister Hubertus Heil haben wir dafür gesorgt, dass zahlreiche Erleichterungen bei der Kurzarbeit auch im neuen Jahr gelten. Diese Regelungen stellte ich den Betriebsräten vor ([siehe Seite 2](#)). Eine rege Diskussion gab es zu den Ergebnissen der Koalitionsverhandlungen. Es gab viel Lob, aber auch eine kritische Auseinandersetzung. Besonders positiv beurteilten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, dass die Behinderung von Mitbestimmung künftig deutlich schärfer verfolgt wird. Auch meine Information, dass die Vergabe öffentlicher Aufträge des Bundes künftig an die Einhaltung von Tarifverträgen gebunden wird, wurde sehr begrüßt. Immerhin reden wird hier von einem Auftragsvolumen von 400 Milliarden Euro, die künftig nur noch an Unternehmen gehen werden, die Tariflöhne bezahlen. Das bedeutet für Millionen Beschäftigte höhere Löhne, kürzere Ar-

beitszeiten und bessere Arbeitsbedingungen.

Sehr groß war das Interesse der Teilnehmenden auch bei meinem Bericht zur stärkeren Förderung der Weiterbildung, sowohl im Job wie auch bei Arbeitslosigkeit. Wir waren uns einig, dass dies essentiell ist für eine Transformation der Arbeitswelt – ohne dass die Beschäftigten auf der Strecke bleiben.

Auch die Vorsitzende der bayerischen SPD, Ronja Endres, nahm an der Schalte teil und berichtete aus den Koalitionsverhandlungen zu Gesundheit und Pflege, die sie für die SPD mitgeführt hat.



Interessierte Mitglieder von Jugend- und Auszubildendenvertretungen, Betriebs- und Personalräten aus der Region, die künftig an diesem Stammtisch teilnehmen wollen, können sich in meinem Wahlkreisbüro melden: [bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de](mailto:bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de)



© SPD Unterfranken



© Büro Bernd Rützel

## 2009 & 2021: ZEITREISE MIT OLAF SCHOLZ

Am 16. Juli 2009 trug sich Olaf Scholz auf meine Einladung hin ins Goldene Buch der Stadt Gemünden ein.

12 Jahre später hat der Deutsche Bundestag ihn zum vierten sozialdemokratischen Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt.

Ein tolles Gefühl!



## BUND UNTERSTÜTZT SPRACH-KITA

Gute Nachricht für die Kindertagesstätte Schatzkiste in Kreuzwertheim: Sie hat sich um Aufnahme in das erfolgreiche Bundesprogramme „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ bemüht und steht unmittelbar vor der Bewilligung, wie ich in Erfahrung bringen konnte.

Sprachliche Bildung ist ein entscheidender Schlüssel für gesellschaftliche Integration und gerechte Bildungschancen. Wenn Kinder davon ausgeschlossen sind, dann stehen sie ein Leben lang vor verschlossenen Türen. Deshalb bin ich sehr froh darüber, dass sich immer wieder Kitas neu zur Teilnahme entschließen, sich anzumelden und die Förderung erhalten. Seit 2016 fördert das Bundesfamilienministerium die alltagsintegrierte sprachliche Bildung als festen Bestandteil in der Kindertagesbetreuung. Daneben sind die inklusive Pädagogik sowie die Zusammenarbeit mit Familien weitere Handlungsfelder. Seit 2021 ist innerhalb der Handlungsfelder ein neuer Fokus auf den Einsatz digitaler Medien und die Integration medienpädagogischer Fragestellungen gelegt.



Klicken Sie auf das Bild, um zu sehen, welche Kitas aus meinem Wahlkreis ebenfalls an diesem Bundesprogramm teilnehmen .



© Büro Bernd Rützel

## GERRESHEIMER ERHÄLT MILLIONENFÖRDERUNG

Der Bund unterstützt das Gerresheimer-Werk in Lohr auf seinem Weg hin zur CO<sub>2</sub>-Neutralität mit 9,9 Millionen Euro aus dem Umweltinnovationsprogramm (UIP). Dafür habe ich seit Wochen gekämpft, umso mehr freue ich mich jetzt über die Förderzusage.

Zuletzt war ich im Sommer vor Ort bei Gerresheimer in Lohr, um mich beim Technischen Direktor in Lohr, Jörg Buchmayer, noch einmal aus erster Hand über die Modernisierungspläne zu informieren. Damals mit dabei: der Generalsekretär der BayernSPD, Arif Tasdelen.

Gerresheimer will ab 2023 40 Prozent seines CO<sub>2</sub>-Ausstoßes – was um die 22.000 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr entspricht - einsparen, so Buchmayer. Gelingen soll das mit einer neuartigen Low-Carbon-Emission-Sauerstoff-Schmelzwanne, die schon 2023 umgesetzt werden soll. Hier wird das Modernste vom Modernen gebaut und wir unterstützen Gerresheimer dabei.

Wir fördern Klimaschutz und gleichzeitig den Wirtschaftsstandort Lohr. Besser geht's nicht. In den letzten Monaten stand ich nahezu wöchentlich in Kontakt mit dem Bundesumweltministerium, unter anderem mit der ehemaligen Umweltministerin Svenja Schulze sowie dem Umweltbundesamt, um das Projekt zum Erfolg zu bringen.

„Die Investitionen in diese neuartige Technik sind umfangreich. Wir freuen uns über die Förderung durch das Bundesumweltministerium und bedanken uns bei allen, die uns dabei geholfen haben“, so der Technische Direktor von Gerresheimer in Lohr, Jörg Buchmayer, zumal die UIP-Fördersumme von 9,9 Millionen Euro bei einem UIP-Gesamtetat von 35 Millionen Euro mehr als beträchtlich sei.



Mehr Infos hierzu gibt es mit Klick auf das Bild.



© SPD Lohr

## NEUE SPD-MITGLIEDER

Die Zeit, die vor uns liegt, verlangt neue Antworten. Ich freue mich sehr darüber, dass zahlreiche neue und junge Mitglieder an den Antworten mitarbeiten wollen, wie das auch beim SPD Ortsverein Lohr am Main der Fall ist. Dort durfte ich unlängst gemeinsam mit Martina Fehlner, MdL und Lohrs SPD-Vorsitzendem Marc Nötscher neue Mitglieder begrüßen und über unseren Koalitionsvertrag sprechen.

„Mehr Fortschritt wagen“ für eine moderne, erfolgreiche Wirtschaft, die Umwelt und Klima schont, einen fitten Sozialstaat, Frieden und ein starkes Europa - das wollen wir anpacken.

Vielen Dank für den guten Austausch und das positive Feedback zum Koalitionsvertrag.



© Büro Bernd Rützel

## BIERGARTEN AM MAIN

Interessante Pläne hat Martin Bröner aus Lohr für einen Biergarten an der Gemündener Mainlände.

Er will den Platz, wo einst Moni's Biergarten war, neu aufleben lassen und hat dazu ein vielversprechendes Konzept erstellt. Als Gastronom ist Martin Bröner ein bekanntes Gesicht in unserer Region - als Gründer des Blues Corner in Lohr.

Da die DB Netz AG der Eigentümer des Platzes ist, hat Bröner mich als Eisenbahner um Rat gefragt. Gerne unterstütze ich das Vorhaben und bin gespannt auf die Umsetzung.



## GLÜCKWUNSCH, SABINE!

Im Namen der gesamten Unterfranken-SPD gratuliere ich Dir, liebe Sabine Dittmar, zu Deiner neuen Aufgabe als Parlamentarische Staatssekretärin.

Wir wünschen Dir alles Gute für Deine schwierige Arbeit im Bundesgesundheitsministerium. Zwei absolute Fachleute an der Spitze dieses so wichtigen Ministeriums – gerade für die Bewältigung dieser Pandemie ist dies ein gutes Zeichen! Glück auf!



## HILFE GEGEN GEWALT

Am 25. November war der Internationale Tag gegen Gewalt an Frauen. Jede und jeder Einzelne von uns kann etwas hiergegen tun. Deshalb: Ja zum Motto der diesjährigen Aktion „Du kannst helfen!“

Von Gewalt Betroffene können sich an das bundesweite Hilfetelefon wenden – anonym, rund um die Uhr und in 17 Sprachen: [www.hilfetelefon.de](http://www.hilfetelefon.de)



## JUGENDSOZIALARBEIT

Mit dem SPD-Kreisverband Main-Spessart habe ich mich um das Thema "Jugendsozialarbeit (JaS)" gekümmert. Wichtige Punkte aus den Gesprächen sind:

- Sozialarbeit an unseren Schulen ist sinnvoll.
- Das jetzige bayerische Finanzierungsmodell lässt Kommunen, die sich JaS nicht leisten können, die Schulen und die Kinder im Regen stehen.
- Viele Kinder haben weder die erforderlichen technischen Geräte noch WLAN. Chancengleichheit sieht anders aus.

Ich engagiere mich auf allen Ebenen für Verbesserungen in diesem Bereich - denn es geht um die Zukunft unserer



Kinder und gleiche Chancen für alle. Zum Artikel im Main-Echo geht es mit Klick auf das Bild.



## BEREITSCHAFTSPRAXIS WIEDER ZURÜCK

Der Einsatz hat sich gelohnt - die Bereitschaftspraxis der Kassenärztlichen Vereinigung (KVB) ist wieder in die Räume des Krankenhauses zurückgekehrt. Ich war mit Ruth Steger, die für die SPD-Kreistagsfraktion im Werkausschuss des Eigenbetriebes Klinikum Main-Spessart arbeitet, sowie Heidi Wright und Harald Schneider zur Kurzvisite vor Ort. Dort bekamen wir ausschließlich positive Rückmeldungen zur Rückkehr in die „alten“ Räume.

## GASTBEITRAG VON MDL MARTINA FEHLNER



Landtagsabgeordnete  
für Aschaffenburg-West

Betreuungsabgeordnete für AB-Ost, Main-  
-Spessart und Miltenberg

Tourismus-, Medien- und Forstpolitische  
Sprecherin der BayernSPD-  
Landtagsfraktion

Liebe Leserinnen und Leser,

vor 75 Jahren stimmten die Bürgerinnen und Bürger in Bayern per Volksentscheid der Bayerischen Verfassung zu. Anlässlich dieses Jubiläums gilt es insbesondere eines Sozialdemokraten zu gedenken: Dr. Wilhelm Hoegner, der auch gerne als „Verfassungsvater“ bezeichnet wird.

Bereits lange vorab arbeitete der frühere Landtags- und Reichstagsabgeordnete die „Verfassung des Volksstaates Bayern“ aus und legte seinen Entwurf im Frühling 1946 dem neu einberufenen Verfassungsgremium vor. Im Verfassungsausschuss war Hoegner der Meinungsführer der SPD.

Nicht zuletzt ist es Hoegners Verdienst, dass das grundlegende Gesetzeswerk des Freistaates bis heute wegen seiner sehr demokratischen und visionären Auslegung hochgeschätzt ist. Unter anderem gewährleistet es auch in Artikel 141 der Bayerischen Verfassung allen Bürgerinnen und Bürgern das Recht auf Erholung in der freien Natur und deren freier Zugang für alle. Auch Art. 106/2 ist aktueller denn je und trägt wie viele andere Passagen klar die Handschrift der SPD: „Die Förderung des Baues billiger Volkswohnungen ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden.“

Der bekannte Journalist der Süddeutschen Zeitung Prof. Dr. Heribert Prantl, Preisträger des Wilhelm-Högner-Preises 2011, beschrieb das Gesetzeswerk in seiner bril-



lantem Rede zur Preisverleihung daher wie folgt: „Diese Bayerische Verfassung, diese Hoegner-Verfassung, regt zum Nachdenken an wie keine zweite in Deutschland. Sie ist die originellste, sie gibt der Demokratie und dem Rechtsstaat die differenzierteste Gestalt, sie öffnet sich am weitesten zum Bürger hin, sie kombiniert Tradition und Anpassungsfähigkeit, und sie birgt Sätze, die heute wieder so aktuell klingen wie damals.“

Nicht nur deshalb war Dr. Wilhelm Hoegner einer der bedeutendsten Persönlichkeiten in der bayerischen Politik. Als bisher einziger sozialdemokratischer Ministerpräsident der bayerischen Nachkriegsgeschichte gab er den Menschen direkt nach dem Zweiten Weltkrieg Hoffnung und Halt und baute Schritt für Schritt die demokratischen Institutionen wieder auf. Daneben bewies der SPD-Politiker in seiner zweiten Amtszeit von 1954-1957 in einer einmaligen Viererkoalition schon damals, dass mehrere Parteien zusammen – auch ohne die CSU – Bayern erfolgreich regieren können. Wäre doch schön, wenn sich dies auch im Freistaat wiederholen ließe...

Herzlichst

Ihre/Eure Martina Fehlner

**Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdL**  
Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg  
Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604  
buergerbuero@martina-fehlner.de

